

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 10

Artikel: Aus der Sicht der schweizerischen Sozialdemokratie
Autor: Walter, Emil J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339376>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pro und Kontra

Unsere Zeitschrift hat in erster Linie der Meinungsbildung zu dienen. Insofern ist «Profil» auch ein Diskussionsorgan.

Zum Grundsatzartikel von Prof. Albert Lauterbach «Sozialdemokratie als Geisteshaltung» («Profil» 5, 6 und 7/8 1977) sind uns zwei fundierte Diskussionsbeiträge zugegangen, und zwar – wie wir es uns heimlich wünschten – pro und kontra. Beiden Verfassern sei für ihr Interesse und ihre Arbeit herzlich gedankt.

Die Folge der Meinungsfreiheit ist, dass die in unserem Blatt vertretenen Auffassungen nicht mit jenen der Redaktion übereinzustimmen brauchen und auch nicht als offizielle Ansicht der SPS anzusehen sind.

Red.

Aus der Sicht der schweizerischen Sozialdemokratie

Albert Lauterbach kann man nur zustimmen, wenn man seine weltanschaulichen Überlegungen in einen grösseren Zusammenhang stellt. Denn das Zukunftsbild des Sozialismus hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Dies kann auch aus der Sicht der SPS nur bestätigt werden. Aber auch dort fehlt es nicht an Versuchen, überholte Vorstellungen zu beschwören. So erinnere ich an eine kürzliche Veranstaltung der sozialistischen Hochschulgruppe in der Aula der Universität Zürich. Da wurde von Vertretern der SP des Kantons Zürich offen mit dem Gedanken an den Verzicht auf die Regierungsbeteiligung der Partei in Kanton und Bund gespielt: zwecks Übergangs zum Klassenkampf gegen den Bürgerblock.

Ausgleichende Wirkung der direkten Demokratie

An der erwähnten, schlecht besuchten akademischen Veranstaltung zwischen Studenten und sozialistischen Behördevertretern erwähnte ein Diskussionsteilnehmer mit Recht die Wirkung der schweizerischen — direkten — Demokratie auf den politischen Ausgleich. Die direkte Demokratie fördere durch die Instrumente der Initiative und des Referendums unter den schweizerischen Parteien den Kompromiss. In der Tat: Die bürgerlichen Parteien werden direkt und indirekt veranlasst, populäre Forderungen der Sozialdemokratie in ihr Parteiprogramm aufzunehmen. Dagegen scheitern Postulate der Sozialdemokratie oft in der Volksabstimmung. Der politische Ausgleich wird in der Schweiz nicht nur gefördert durch die direkte Demokratie, sondern auch durch die Gliederung der Schweiz in vier Sprachgebiete, durch das Verhältnis vom Bund zu den Kantonen sowie durch die Existenz von rund 3000 Gemeinden. Dieser politischen Grundstruktur haben sich die Parteien anzupassen. Extreme Parteien haben daher in der schweizerischen Politik keine Zukunft.

Die geschichtliche Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie vor und nach den beiden Weltkriegen ist ein Spiegelbild der Entwicklung der schweizerischen direkten Demokratie. Trotz der Tatsache, dass die

Schweizer Soldaten ihre Gewehre zu Hause aufbewahren — was schon Lenin anlässlich seines Aufenthaltes in der Schweiz nicht begriffen hat —, wirken revolutionäre Tendenzen in der schweizerischen Öffentlichkeit anachronistisch. Die Schweiz zeigt keine Neigung zur Entwicklung eines Polizeistaates. Indessen sind die sozialen Fortschritte bloss schrittweise realisierbar. Man denke bloss an die Einführung des Frauenstimmrechtes oder die Verwirklichung der AHV. Erinnert sei auch daran, dass seinerzeit die SBB durch die Freisinnige Partei der Schweiz verstaatlicht wurde, bevor die Sozialdemokratie entscheidenden politischen Einfluss besessen hat. Die bürgerlichen Parteien haben in der direkten Demokratie letzten Endes nichts anderes tun können, als nach und nach dem Volkswillen zu folgen. Auf alle Fälle aber ist die Zukunft der schweizerischen Politik abhängig von den allgemeinen Entwicklungstendenzen Europas und der Welt.

Vergangenheit und Zukunft des Sozialismus

Im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts war das politische Weltbild in erster Linie europäisch, da die Weltwirtschaft von den imperialistischen Mächten Europas mit ihren Kolonien beherrscht wurde. Und auch die Ideologie des Sozialismus mit ihren gegensätzlichen Begriffen Kapitalismus — Sozialismus, Marktwirtschaft — Planwirtschaft, Ausbeutung — ausbeutungsfreie Wirtschaft, Feudalismus — Bürgertum — Arbeiterschaft beschränkte sich auf Europa. Bis zum Ersten Weltkrieg schlossen sich die europäischen Sozialisten zur einheitlichen «Sozialistischen Zweiten Internationale» zusammen. Was bis zu diesem Zeitpunkt und nachher geschah, das hat im «Profil» ausführlich Georg Scheuer in seinen Artikeln («Profil» 12/76, 1/77, 2/77 und 3/77) geschildert. Der Erste Weltkrieg wurde nach dem Zeugnis Otto Bauers zur grössten bürgerlichen Revolution der Weltgeschichte, da sein Ende den Zusammenbruch der Monarchien von Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland zur Folge hatte. Ob in Deutschland Hitler jemals zur Macht gekommen und fähig gewesen wäre, den Zweiten Weltkrieg auszulösen, wenn nicht die blinde Politik Stalins die deutschen Kommunisten mit der Parole des Kampfes gegen die Sozialdemokraten unter dem Schlagwort «Schlagt die Sozialfaschisten» die Errichtung der Hitler-Diktatur im Gefolge der grossen Weltwirtschaftskrise 1929/1933 erleichtert hätte, ist mehr als fraglich. Die latente feudalistische Tendenz des deutschen Mittelstandes sicherte schliesslich Hitlers waghalsiges Unternehmen.

30 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und fast 70 Jahre nach der russischen Oktoberrevolution hat sich die Welt grundsätzlich gewandelt. Die ideologische Einheit der sozialistischen Internationale ist zertrümmert. Die zweite, die «zweieinhalbe» und die dritte Internationale haben sich aufgelöst, die verschiedensten Kombinationen von sozialistischen, sozialdemokratischen, sozialrevolutionären, kommunistischen, progressivistischen und anderen linken Parteien haben sich gebildet. Anstelle der

seinerzeitigen Einheit der zweiten Internationale ist eine kaum übersehbare Vielfalt von Sozialismen und Kommunismen getreten. Das gemeinsame Endziel der sozialistischen Bewegung ist geschwunden.

In der Zwischenzeit wurde zwar die UNO vereinheitlicht. Ihr gehören mehr als insgesamt 170 Gross-, Mittel-, Klein- und Kleinststaaten an. Diese ordnen sich in verschiedene Gruppen: die westlichen Industriestaaten, die östlichen staatskapitalistischen Industrieländer, die Erdölländer, die reicheren und die armen Entwicklungsländer. Alle diese Länder stehen verschiedenartigen, komplexen Entwicklungsproblemen gegenüber. Es ist daher mehr als fraglich, ob im kommenden 21. Jahrhundert die historischen Ideen von Marx und Engels noch im Zentrum unserer Gesellschaftspolitik stehen werden. Vor allem haben die Forschungen des *Clubs von Rom* seit 1971 wichtige weltpolitische Gedankengänge grundlegend geändert, worauf wir in einem zweiten Artikel zurückkommen werden. Beschränken wir uns daher zunächst auf einige Bemerkungen zur schweizerischen Politik. Zweifellos hat sich die schweizerische direkte Demokratie bewährt. Bewährt im Ersten und im Zweiten Weltkrieg, bewährt im Abwehrkampf gegen den Faschismus Mussolinis und den Nationalsozialismus Hitlers und bewährt im Widerstand gegen die kommunistische Ideologie. Sie wird das auch in Zukunft tun. Dabei kommt der schweizerischen Sozialdemokratie eine führende Rolle zu. Aber die SPS ist nicht allein entscheidend. Denn die direkte Demokratie zwingt die bürgerlichen Parteien, von der Sozialdemokratie alle jene Postulate zu übernehmen, welche im Interesse und im Verständnis des schweizerischen Durchschnittsbürgers und der Durchschnittsbürgerin liegen.

Immerhin hat die SPS seit dem Zweiten Weltkrieg durch die Beteiligung am Bundesrat mit Hilfe der Zauberformel an Einfluss gewonnen. An Einfluss verloren hat dagegen der klassische Marxismus, und zwar gerade aus den Gründen, welche Prof. Albert Lauterbach angeführt hat.

Emil J. Walter

Sozialdemokraten haben auch Hände

... und Fäuste — oft zwar bloss im Hosensack! Sozialdemokratie zur blossen Geisteshaltung abzuwerten, heisst zu deutsch nichts anderes, als die banale Erkenntnis zu ignorieren, dass die herrschende Geistlosigkeit, die sogenannte Un-Kultur, der weitverbreitete Fatalismus, der Stress — und die Arbeitslosigkeit! — materielle, handfeste Interessenursachen haben. Hohe Arbeitsteilung, lange Arbeitszeiten und -wege, unwirtliche Städte, das Gefühl des Ausgeliefertseins während der Arbeit sind keine naturnotwendigen, unabänderlichen Erscheinungen. Sie sind vielmehr Ergebnis einer Wirtschaftsweise, deren Mass aller Dinge der Profit ist, einer Wirtschaftsweise, in der viele Menschen gemeinsam arbeiten — aber nur wenige bestimmen und abrahmen.

Das Wasser läuft deshalb auf die falsche Mühle, wenn die Sozialdemo-